

Muster für die Anmeldung der Zweigniederlassung einer Ltd.

Amtsgericht Charlottenburg
Registergericht

14046 Berlin

In der neuen Handelsregistersache X Ltd.

melden wir, die unterzeichnenden directors der X Ltd.¹ mit satzungsmäßigem Sitz in XYZ² UK England, gegründet am 18. Februar 2004³, eingetragen im Handelsregister Companies House Cardiff zu Nr. 12345⁴

zur Eintragung in das Handelsregister an:

1. Die Gesellschaft hat eine Zweigniederlassung in Berlin errichtet.⁵
2. Die Firma der Zweigniederlassung lautet: X Ltd.⁶
3. Der Gegenstand der Gesellschaft⁷ lautet gemäß Ziffer 1 (A) des Memorandum of Association:
„Die Ausführung sämtlicher Geschäfte einer allgemeinen Handelsgesellschaft.“
4. Gegenstand der Zweigniederlassung⁸ ist die Erarbeitung, Produktion und der Vertrieb von Publikationen in gedruckter und elektronischer Form.
5. Die Geschäftsräume der Zweigniederlassung befinden sich in D-10117 Berlin, Z-Str.⁹

¹ Die Firma der Gesellschaft ist anzugeben, § 13g Abs. 3 HGB i.V.m. § 10 Abs. 1 GmbHG; gleiches gilt für die Rechtsform, § 13e Abs. 2 Satz 4 Nr. 2 HGB

² Der statutarische Sitz ist zu bezeichnen, § 13g Abs. 3 HGB i.V.m. § 10 Abs. 1 GmbHG

³ Das Datum der Gründung ist anzugeben, § 13g Abs. 3 HGB i.V.m. § 10 Abs. 1 GmbHG; dies ist das Datum der Registrierung nach Maßgabe des Certificate of Incorporation

⁴ Der Nachweis der ausländischen Registrierung ist gem. § 13e Abs. 2 Satz 2 HGB zu führen; aus § 13 e Abs. 2 Satz 4 Nr. 1 HGB folgt die Verpflichtung zur Angabe der Registrierungsdaten.

⁵ Die Anmeldepflicht ergibt sich aus § 13 e Abs. 2 Satz 1 HGB; zur Anmeldung verpflichtet sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft in vertretungsberechtigter Anzahl (§ 13e Abs. 2 Satz 1 HGB); für die Form der öffentlichen Beglaubigung gilt § 12 HGB.

⁶ Die Firma der Zweigniederlassung kann sich von der Firma der Gesellschaft unterscheiden; sie muss dies, wenn die Firma der Gesellschaft z.B. wegen Verstoßes gegen §§ 30, 18 HGB im Widerspruch zu deutschem Firmenrecht steht. Ein Zusatz „Zweigniederlassung“ muss in die Firmierung nicht aufgenommen werden.

⁷ Die Angabe des Gegenstandes der Gesellschaft ist gem. § 13g Abs. 3 HGB i.V.m. § 10 Abs. 1 GmbHG erforderlich.

⁸ Vgl. § 13e Abs. 2 Satz 3 HGB; der Gegenstand der Zweigniederlassung ist so konkret zu bezeichnen, dass sich seine Genehmigungspflicht (§ 13e Abs. 2 Satz 2 HGB) überprüfen lässt (AG Charlottenburg GmbHG 2006, S. 264)

⁹ Vgl. § 13e Abs. 2 Satz 3 HGB

6. Die abstrakte Vertretungsbefugnis der Gesellschaft lautet wie folgt:¹⁰

Ist nur ein director bestellt, vertritt dieser die Gesellschaft allein, sind mehrere directors bestellt, wird die Gesellschaft durch diese gemeinsam vertreten. Einzelvertretungsbefugnis kann erteilt werden.

7. Die konkrete Vertretungsbefugnis ist wie folgt festgelegt¹¹:

a) Der director A vertritt die Gesellschaft allein. Herrn A wurde durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom ... Einzelvertretungsbefugnis erteilt.^{12 13}

b) Der director B vertritt die Gesellschaft gemeinsam mit den übrigen bestellten directors.

8. Ständiger Vertreter für die Geschäfte der Zweigniederlassung gem. § 13e Abs. 2 Nr. 3 HGB ist Herr C, geboren am 1.1.1980, wohnhaft Z-Straße 1, 12345 Berlin.

Er hat Einzelvertretungsbefugnis und ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.^{14 15}

9. Wir erklären gemäß § 13 g HGB:

- ◆ Die Dauer der Gesellschaft ist nicht beschränkt.¹⁶
- ◆ Der Gesellschaftsvertrag enthält keine Bestimmungen über Bekanntmachungen.¹⁷
- ◆ Das ausgegebene Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100,00 englische Pfund.¹⁸

Der Gegenstand der Zweigniederlassung bedarf nicht der staatlichen Genehmigung.¹⁹

¹⁰ Vgl. § 13g Abs. 2 Satz 2 HGB i.V.m. § 8 Abs. 4 GmbHG; Einzelheiten können sich aus den Articles of Association ergeben

¹¹ Vgl. § 13g Abs. 2 Satz 2 HGB i.V.m. § 8 Abs. 4 GmbHG

¹² Die Eintragung einer Befreiung der directors von den Beschränkungen des § 181 BGB erfolgt nicht, da das auf die Vertretungsbefugnis der directors anwendbare britische Gesellschaftsrecht kein dem § 181 BGB entsprechendes Verbot kennt (OLG München GmbHR 2005, S. 1302 und OLG Celle, GmbHR 2005, 1303). Dementsprechend enthält die Anmeldung keine Angaben zu § 181 BGB.

¹³ Nach anwendbarem britischem Gesellschaftsrecht kann die Einzelvertretungsbefugnis auf einer entsprechenden Festlegung der Gesellschafterversammlung als Organ der Bestellung oder einer Ermächtigung durch Akt der gesamten Geschäftsführung („board of directors“) beruhen.

¹⁴ Der Anmeldung eines ständigen Vertreters für die Geschäfte der Zweigniederlassung bedarf es nur, wenn (a.) dieser nicht zugleich director ist oder (b.) er zwar als director bestellt ist, in dieser Eigenschaft jedoch über keine Einzelvertretungsbefugnis verfügt, eine solche Befugnis jedoch bezogen auf die Geschäfte der Zweigniederlassung haben soll. Daraus folgt, dass eine „Doppeleintragung“ eines directors zugleich als ständiger Vertreter für die Geschäfte der Zweigniederlassung dann nicht erfolgt, wenn seine Vertretungsbefugnis unmittelbar aus seiner Bestellung als director folgt und er nicht über eine „überschießende“ Vertretungsbefugnis als ständiger Vertreter verfügt. So Wachter in NZG 2005, 338 (340) und im Ergebnis wohl zustimmend OLG München, GmbHR 2006, 603 (604) mit weiteren Nachweisen zur Literatur.

¹⁵ Da es sich bei dem ständigen Vertreter für die Geschäfte der Zweigniederlassung um eine „besondere Art“ Prokurist handelt (so Baumbach/Hopt, HGB, § 13e, Rdnr. 2), gilt für seine Vertretungsbefugnis deutsches Recht und damit auch § 181 BGB. Soll er von dieser gesetzlichen Beschränkung befreit sein, bedarf es entsprechender Anmeldung und Eintragung.

¹⁶ Vgl. § 13g Abs. 3 HGB i.V.m. § 10 Abs. 2 GmbHG

¹⁷ Angabe erforderlich wegen § 13g Abs. 4 HGB i.V.m. § 10 Abs. 3 GmbHG

¹⁸ Vgl. § 13g Abs. 3 HGB i.V.m. § 10 Abs. 1 GmbHG; dabei ist das ausgegebene Kapital („issued share-capital“) anzugeben, nicht das „authorized share-capital“ (dieses ähnelt unserem genehmigten Kapital)

Wir zeichnen zur Aufbewahrung bei Gericht unsere Namensunterschrift wie folgt:²⁰

.....
A

.....
B

Wir fügen dieser Anmeldung bei:

1. Certificate of Incorporation, ausgestellt von Companies House, Cardiff am ... in öffentlich beglaubigter Abschrift²¹
2. Memorandum und Articles of Association vom ... in öffentlich beglaubigter Abschrift nebst beglaubigter Übersetzung in die deutsche Sprache²²
3. Beschluss der Gesellschafterversammlung vom ..., der die Bestellung der directors und die Festlegung ihrer Vertretungsbefugnis zum Gegenstand hat²³

¹⁹ Bei Genehmigungspflicht des Gegenstandes der Zweigniederlassung ist auch der Nachweis zu führen, dass die Gesellschaft über die erforderliche Genehmigung verfügt, § 13e Abs. 2 Satz 2 HGB

²⁰ Die Verpflichtung zur Zeichnung folgt aus § 13g Abs. 2 Satz 2 HGB i.V.m. § 8 Abs. 5 GmbHG; zeichnungspflichtig sind sämtliche gesetzlichen Vertreter.

²¹ Vgl. § 13e Abs. 2 Satz 2 HGB

²² Vgl. § 13g Abs. 2 Satz 1 HGB

²³ Vgl. § 13g Abs. 2 Satz 2 HGB i.V.m. § 8 Abs. 1 Nr. 2 GmbHG, soweit die Bestellung der directors nicht aus dem Gründungsakt ersichtlich ist

Weiterhin erteilen wir hiermit über unseren jeweiligen Tod hinaus, mit der Befugnis Untervollmacht zu erteilen und unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB, den Notariatsfachange-
stellten

1. NN.

2. NN.

sämtlich dienstansässig am Amtssitz des Notars,

jeweils einzeln Vollmacht,

in unserem Namen diese Anmeldung zu ändern und zu ergänzen und alle für den Vollzug dieser
Anmeldung notwendigen Erklärungen abzugeben, zu ändern und zurückzunehmen.

.....
A

.....
B

(Beglaubigungsvermerk)

Die Limited (Ltd.)

Recht, Steuern, Beratung

Brinkmeier, Th.; Mielke, R.

2007, XXII, 226 S. Mit Online-Extras., Softcover

ISBN: 978-3-8349-0435-5